

der »Mitte«, mit jenen sozialen und kulturellen Mittelschichten, insofern sie vor allem im öffentlichen Sektor und den humanorientierten Dienstleistungen tätig sind, der bedrohten Arbeitnehmer und der Unterschichten. Inhaltlich könnten der Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen in Bildung, Gesundheit, Betreuung Älterer, sowie die Stärkung der öffentlichen Kontrolle über die Wirtschaft und Finanzen sowie eine deutliche Umverteilung von oben nach unten und von privat hin zu öffentlich im Vordergrund stehen. Es wäre dies eine Annäherung an den skandinavischen Weg, verbunden mit einem Kurs auf wirklich ökologische Reformen und einer Friedenspolitik auf der Basis gemeinsamer Sicherheit und Entwicklung. Fast alle der damit verbundenen Forderungen sind in der deutschen Gesellschaft in der Mehrheit – noch sind sie es nicht in der SPD und bei den Grünen.

Die Partei *Die Linke* wird versuchen, ihre genannte Dreifachstrategie auch mit Blick auf die Bundestagswahlen 2009 fort-

zusetzen. Ihr zentrales Ziel eines Richtungswechsels der Politik kann sie nur erreichen, wenn sie selbst stärker wird, es gelingt, breite soziale Bündnisse aufzubauen, Glaubwürdigkeit nicht verspielt wird mit politischen Bündnissen, denen der Politikwechsel nicht abgenommen wird, sondern erfolgreiche Einstiegsprojekte auch auf Landesebene erfolgen. Die desaströsen Erfahrungen der »linken Linken« in Frankreich, Italien oder auch Deutschland mit Mitte-Links-Regierungen, die nicht erkennbar für linke Projekte stehen, sind nur allzu bekannt.

Ein wirklicher Durchbruch wird erst dann geschehen, wenn SPD wie Grüne ihrerseits in einem linken solidarischen Projekt eine echte Chance sehen und Mehrheiten vom Sinn einer solchen Politik überzeugt sind. Bis dahin werden seitens der *Linkspartei* Gegnerschaft gegenüber und Druck auf die SPD die Ansätze zur Partnerschaft dominieren oder der Partei *Die Linke* droht ihrerseits, zum bloßen Anhängsel der alten Tante SPD zu werden.

Karl-Rudolf Korte

## Die Chancen der SPD in einer Großen Koalition

*Die Große Koalition könnte zur Lindenstraße der deutschen Politik werden: Ein Dauerformat zur Regierungsbildung in Zeiten eines etablierten asymmetrisch changierenden Fünfparteiensystems. Wenn Bündnisse entlang der tradierten parteipolitischen Lager nicht mehr möglich sind, hat der Parteienwettbewerb eine neue Qualität gewonnen. Den komplexen Wählermarkt muss dann zwangsläufig ein ebenso unübersichtlicher Koalitionsmarkt ergänzen. Darin bietet die Große Koalition vor allem der SPD eine Reihe von Möglichkeiten.*

Wer Mehrheiten außerhalb der Großen Koalitionen erreichen möchte, sieht sich bei der kommenden Bundestagswahl wahrscheinlich gezwungen, neue Formeln zur Macht zu aktivieren: originelle parteipolitische Zusammensetzungen (Jamaika? Ampel?), neue Koalitionstypen (Kleine Koalitionen mit vielen Partnern), innovative Re-



**Karl-Rudolf Korte**

(\* 1958) ist Direktor der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen.

kr.korte@uni-duisburg-essen.de

gierungsformate (Minderheitsregierungen, Tolerierungspartnerschaften). Gegenüber diesen neuen Formeln zur Macht kann die Große Koalition durchaus einige Vorteile haben – insbesondere für die SPD:

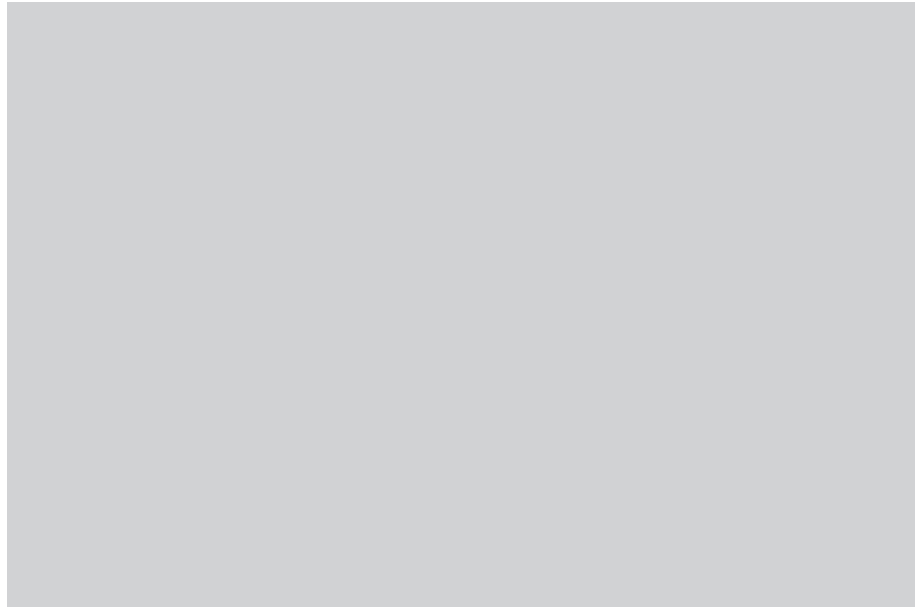
*Erstens:* Die Große Koalition hat sich als sehr handlungsfähig in der Gesetzgebung bewährt. Quantitativ sind die Gesetzgebungsaktivitäten nicht von kleinen Koalitionen unterscheidbar – unabhängig von der möglicherweise mäßigen Leistungsbilanz der Großen Koalition. Die qualitative Bewertung hängt sehr stark von dem Maßstab ab. Wer erwartet hatte, dass Große Koalitionen auch große Probleme lösen, muss zwangsläufig enttäuscht werden. Die Wettbewerbssituation der beiden großen Parteien dramatisiert die Unterschiede und reduziert keineswegs die Konflikte. Das Dissensmanagement der Großen Koalition – vom Koalitionsausschuss bis hin zum Bundesrat – spiegelt angemessen wieder, wie heute komplexe Politik in Verhandlungsdemokratien auszuhandeln ist. Die parlamentarische Demokratie kennt in Deutschland eben nicht nur den Wettbewerb und die Mehrheitsentscheidung, sondern zugleich die Verhandlung und den Konsens. Die Flügel- und Machtkämpfe der SPD um inhaltliche Problemlösungen können unter den Bedingungen eines Dissens-Managements diskursiver und transparenter ausgetragen werden als in einer Kleinen Koalition.

*Zweitens:* Für die Volksparteien als potenzielle Verlierer der Bundestagswahlen bietet eine Allianz der Geschwächten Vorzüge, um sich selbst als strategische Allianz wieder zu stabilisieren. Die SPD hat ihren wohlfahrtsstaatlichen Grundkonflikt (wie modernisiert man sozialverträglich einen schrumpfenden Wohlfahrtsstaat?) nur bis zur Bundestagswahl 2009 vertagt. In der Opposition würde der Konflikt die Partei zerreißen. In der Regierung besteht die disziplinierende Chance, die Selbstachtung der Partei zurück zu gewinnen und ihre Identität wieder zu finden. Das ist einfacher

in einer Großen als in einer Kleinen Koalition mit vielen disparaten Partnern. Das Konfliktmanagement zwischen den vielen Parteien in einer Koalition würde erneut nur den Grundkonflikt vertagen. Sicher ist die Identitätssuche auch in einer Großen Koalition nicht unproblematisch, die, wenn sie erfolgreich kompromissbereit arbeitet, systematisch die eigenen Stammwähler verunsichern muss. Dennoch ist der Spielraum zur Selbstfindung in einer Großen Koalition im Windschatten des Parteienwettbewerbs einfacher als in der Opposition, in der man schnell in die Sphäre des Sektiererischen abgleiten kann.

*Drittens:* Auch die Bundestagsabgeordneten der SPD hätten in einer Regierungsfraktion mehr Gestaltungschancen als bei einem Oppositionsmandat oder einem Mandat bei knapper Mehrheit. Das setzt allerdings voraus, dass auch die Fraktionen auf die Große Koalition angemessen reagieren, was bislang nicht der Fall war. Die Unabhängigkeit der Abgeordneten ist immens angesichts der übergroßen Mehrheitsverhältnisse. Innerkoalitionäre Opposition kann ebenso wie fraktionsübergreifende Gemeinsamkeiten artikuliert werden. Das würde jedoch voraussetzen, den Geschlossenheitswahn der Fraktionen aufzugeben und auch den Mut für einfache Mehrheiten bei Abstimmungen aufzubringen. Nie waren die Fraktionen so munter, so vital, so antreibend wie in Zeiten der ersten Großen Koalition. Die Fraktionen waren damals innovative Mitsteuerer der Regierung. Davon ist heute nicht viel zu erkennen, denn die Fraktion agiert so, als ob sie es traditionell mit einer Kleinen Koalition und einer knappen Mehrheit zu tun hätte. Für die SPD-Fraktion wäre in einem neuen Aktionsfeld genügend Spielraum, um die Grundkonflikte auch offen auszutragen und sie in eine wertorientierte Problemlösung zu überführen.

*Viertens:* Große Koalitionen führen empirisch evident zu immer mehr Staatlichkeit. Etabliert werden staatliche Selbst-



korrekturen beschlossen. Die sicher auch 2009 anhaltende Finanzkrise wird weiterhin demokratische Normalität auffressen. Risikohaftigkeit als Alltagsgefühl wird zunehmen. Die Misstrauenskultur breitet sich aus. In solchen Krisenzeiten stabilisiert die Große Koalition, weil sie Chancen und Risiken, Ohnmacht und Allmacht gleichermaßen zwischen den Partnern der politischen Ökumene verteilt. Die SPD hätte in der Großen Koalition die Chance, den starken Staat als Vertrauensanker zu setzen. Das klassische Leitthema »Sicherheit im Wandel« wäre die adäquate Antwort auf die Krise und aus der Exegese des Grundsatzprogramms.

*Fünftens:* Für Mehrheiten sind die Volksparteien unverzichtbar. Doch die Wahlbürger erkennen in den ehemals großen Volksparteien immer weniger liebevoll gewonnene mitte-zentrierte Angebote. Die Ergebnisse aller Wahlen seit 2005 bestätigen diese Entwicklung. Der Attraktivitätsverlust der Volksparteien auf dem Wählermarkt ist nicht nur eine Folge der Großen Koalitionen im Bund und in den Ländern. Vielmehr ist die Erosion der Volksparteien

auch Ausdruck einer Repräsentationslücke. Durch Agendapolitik auf der einen Seite (SPD) und einer politischen Moderne (libertäre Ordnungsvorstellungen) auf der anderen Seite (CDU) scheint die politische Mitte heimatlos geworden zu sein. Wenn sie überhaupt noch wählt, dann extrem nutzen- und nicht bindungsorientiert. Doch wer als Volkspartei nur noch rudimentär gesellschaftlich verankert ist, kann nicht mehr repräsentativ agieren und ist wie im Windkanal risikoanfällig. Verliert die Konsensmaschine Volkspartei an Kraft, fehlt der Politik Stabilität und Berechenbarkeit. Wenn gemeinwohlorientierte Volksparteien – gerade in Abgrenzung zu klientelbezogenen Interessenparteien – an Attraktivität verlieren, muss sich zwangsläufig die Qualität einer Demokratie ändern. Insofern wäre es ein Demokratiegebot seitens der SPD, in eine Große Koalition erneut einzutreten, um klientelbezogene und populistische Politik von Interessenparteien zu verhindern. Nur Volksparteien sind in der Lage, Mehrheiten für Unpopuläres langfristig zu organisieren. Dazu könnte die SPD auch ihren Beitrag leisten.